

„ICH WILL DEN BÜRGERN NAHE BLEIBEN“

SPIEGEL-Gespräch mit dem Bundespräsidenten Dr. Dr. Gustav Heinemann

SPIEGEL: Herr Dr. Heinemann, am 1. Juli treten Sie das Amt des Bundespräsidenten an. Damit endet für Sie vieles von dem, was bisher Ihr Leben bestimmt hat: die aktive Parteimitgliedschaft, die direkte politische Arbeit, die führende Mitarbeit in der evangelischen Kirche. Fallen Ihnen die Opfer schwer, die Sie jetzt bringen müssen?

HEINEMANN: Ich will nicht von Opfern sprechen. Ich kann ja nicht sagen, daß ich mich politisch nicht genug ausgetobt hätte. Es wird künftig andere Möglichkeiten des politischen Wirkens geben. Immerhin: Ganz leicht fällt es mir nicht, aus dem jetzt heraufziehenden Bundestagswahlkampf auszuschneiden. Er ist ja als der politischste Wahlkampf bezeichnet worden, den es in der Bundesrepublik

HEINEMANN: Ich hätte dazu beitragen wollen, die Demokratie voll zu entfalten und sie gegen Angriffe zu verteidigen. Heute besteht doch die Gefahr, daß man mit dem Hinweis auf bärtige Ruhestörer und Krawallmacher sich begnügt und nicht mehr nach den Ursachen der Unruhe fragt. Die Frage nach den Ursachen aber ist die wirkliche, richtige Verteidigung der Demokratie in unserem Land.

SPIEGEL: Schmerzt der Abschied vom Amt des Bundesjustizministers?

HEINEMANN: Bundesjustizminister bin ich gern gewesen. Das hat mir wirklich gelegen. In dem Amt wußte ich jeden Tag, was nun zu tun war, wo vorzustößen war, was mal wieder ein Stück voranzubringen war. Ich verlasse auch die Synode der Evangelischen

wie ich es beim Amtsantritt im Bundesjustizministerium getan habe, von Zimmer zu Zimmer zu den rund 90 Personen gehen, die im Bundespräsidialamt tätig sind.

SPIEGEL: Was können Sie uns über die Arbeitsweise sagen, die Sie als Präsident anwenden werden?

HEINEMANN: Ich stelle mir vor, daß in kurzen Abständen, wenn nicht gar täglich, eine Zusammenkunft mit den wichtigsten Mitarbeitern notwendig sein wird; also mit dem Staatssekretär, mit dem neuen Ministerialdirektor, der aus dem Auswärtigen Amt kommt, mit dem persönlichen Referenten, dem Pressereferenten und je nach Sachlage mit dem einen oder anderen Sachbearbeiter.

SPIEGEL: Werden Sie sich Minister in die Villa Hammerschmidt bestellen?

HEINEMANN: Ja, das wird vorkommen. Ich finde, daß der Bundespräsident ein besonders gut informierter Mann, vielleicht der umfassendst Informierte sein muß.

SPIEGEL: Ist das nicht allzu theoretisch? Sind Sie als einzelner und vom Amt her nicht überfordert, wenn Sie das erreichen wollen?

HEINEMANN: Es gibt natürlich eine Grenze. Aber ich kann und werde mir wichtige Berichte unserer diplomatischen Vertretungen und auch die Berichte der Geheimdienste und was es sonst noch in diesem Zusammenhang gibt vorlegen lassen.

SPIEGEL: Berichte der Auslandsvertretungen zu lesen ist im Präsidialamt wohl nicht neu; auch Ihr Vorgänger, Bundespräsident Lübke, hat aus diplomatischen Quellen geschöpft. Neu aber wäre es wohl, soweit wir wissen, daß sich der Bundespräsident auch Unterlagen der Geheimdienste nutzbar machen will.

HEINEMANN: Mag sein; auch diese Dienste liefern schließlich wichtige Erkenntnisse. Aber vor allem gibt es die Gespräche mit dem Bundeskanzler und Gespräche mit den einzelnen Bundesministern von Fall zu Fall, je nachdem, was in den verschiedenen Ressorts aktuell ist. Sie wissen, daß der Staatssekretär des Bundespräsidialamtes an den Kabinettsitzungen teilnimmt und über diese Sitzungen dem Präsidenten zu berichten hat. Darauf gestützt, kann der Bundespräsident in die eine oder andere politische Frage, die im Kabinett behandelt worden ist, noch intensiver einsteigen, um voll informiert zu werden.

SPIEGEL: Lassen Sie uns bitte einen Fall konstruieren, den wir zwar theoretisch abhandeln, der aber nicht ganz aus der Luft gegriffen ist. Es gibt zwei Grundhaltungen in der Frage der Teilhaberschaft Englands an Europa. Nehmen wir an, die Bundesregierung hat sich für die eine Grundhaltung, für die eine Möglichkeit entschieden. Falls der Bundespräsident die andere Auffassung vertritt, kann



Heinemann (2. v. l.) beim SPIEGEL-Gespräch im Ferienquartier auf Spiekeroog*

bisher gegeben hat. Wenn ich nun daran nicht mehr teilnehme, dann denke ich daran zurück, daß es über 50 Jahre her ist, daß ich zum erstenmal in meinem Leben in einer politischen Wahlversammlung das Wort ergriffen habe. Das war im Jahr 1919 auf einer Versammlung in Münster, und es ging um die Wahl zur Nationalversammlung. Allein nach 1945 habe ich an mehr als zweitausend Wahlversammlungen und öffentlichen Diskussionen teilgenommen; das kann ich in Zahlen, mit Daten und Orten belegen. Nun, das ist jetzt also vorbei. Ich werde natürlich den Wahlkampf 1969 mit größtem Interesse verfolgen.

SPIEGEL: Auch mit Wehmut?

HEINEMANN: Ja, natürlich auch mit Wehmut, denn gerade die Aktivität, der politische Kampf haben mir immer sehr gelegen.

SPIEGEL: Was wäre denn in diesem Wahlkampf das Thema gewesen, das Sie am meisten beschäftigt hätte?

Kirche in Deutschland. Ich bedaure dies, aber es gehört sich nach meiner Auffassung einfach nicht für den Bundespräsidenten, auch noch Mitglied in der Synode zu sein. Auf jeden Fall komme ich nun also, nachdem ich Altvertrautes aufgegeben, in ein Fahrwasser, von dem ich noch keine präzise Vorstellung habe.

SPIEGEL: Haben Sie also kein Rezept, nach dem Sie als Bundespräsident arbeiten wollen?

HEINEMANN: Ich habe kein Patentrezept, keine präzise Vorstellung, was und wie nun die Dinge genau anzufassen sind. Ich habe in dem Gehäuse, auf das ich nun zugehe, bisher nicht gelebt und auch wenig Umgang mit denen gehabt, die darin gelebt haben.

SPIEGEL: Was meinen Sie, was Sie in den ersten vier Wochen im Bundespräsidialamt tun werden?

HEINEMANN: Ich muß doch zunächst einmal die ganze Mannschaft kennenlernen. Ich werde also genauso,

* Mit Rudolf Augstein, Günter Gaus und Hermann Schreiber.

er doch nichts weiter tun, als den Bundeskanzler ausgiebig über seine abweichende Meinung ins Bild zu setzen und darauf zu dringen, daß der Bundeskanzler seinen Rat erwägt. Mehr ist doch nicht zu tun.

HEINEMANN: Nein.

SPIEGEL: Wenn der Bundeskanzler den Rat erwogen hat und das Kabinett bei seiner ersten Meinung bleibt, so sind die staatsrechtlichen Möglichkeiten des Präsidenten erschöpft.

HEINEMANN: Absolut richtig.

SPIEGEL: Aber Sie werden sich das Recht nicht beschneiden lassen, in einer Rede von Ihrer abweichenden Meinung Gebrauch zu machen?

HEINEMANN: Das würde ich nicht so schlankweg bejahen, wie Sie jetzt danach fragen. Es kann nicht Aufgabe des Bundespräsidenten sein, den politischen Weg der Regierung öffentlich

SPIEGEL: Sind Sie aber, falls es die Lage nach Ihrer Auffassung erfordert, notfalls auch bereit, gegen eine Empfehlung des Bundeskanzlers eine solche Ansprache zu halten?

HEINEMANN: Das käme auf die Umstände an. Ich halte es für möglich.

SPIEGEL: Darin liegt ein Unterschied zum englischen System, in dem die Königin kein Wort öffentlich verlauten läßt, das nicht die Gegenzeichnung des Premierministers hat, andernfalls muß sie sich einen neuen Premierminister suchen. Hier liegt wohl eine andere staatsrechtliche Situation vor.

HEINEMANN: Ja, sicher. Es ist aber in der Vergangenheit schon oft darüber diskutiert worden, wie weit öffentliche Erklärungen des Bundespräsidenten der Gegenzeichnung oder der vorherigen Einvernahme mit der Bundesregierung bedürfen.

SPIEGEL: Was ist Ihre Auffassung?

sicht oder Vorlage der Bundesregierung zu verschaffen?

HEINEMANN: Sicher gehört das zu den Rechten des Bundespräsidenten.

SPIEGEL: Verstehen Sie Ihre Funktion als Bundespräsident auch so, daß Sie bei einer Regierungskrise, wie sie im Herbst 1966 unter Ludwig Erhard entstand, Empfehlungen über die nach Ihrer Auffassung zweckmäßige neue Regierung, über die wünschenswerte Koalition laut werden lassen?

HEINEMANN: Laut werden lassen nicht in dem Sinne, daß ich das öffentlich auszusprechen geneigt wäre. Es öffentlich zu äußern würde besondere Umstände voraussetzen. Wohl aber würde ich meine Auffassung in der Form verbreiten, daß ich mit den Fraktionsspitzen des Bundestages Gespräche über die Lösung der Regierungskrise suchen und führen würde. Wenn ich sehe, daß eine Regierung ins Rutschen kommt und daß darüber diskutiert wird, wie man diese Situation meistern kann, insbesondere durch die Wahl eines neuen Bundeskanzlers, so ist es nach meiner Auffassung durchaus Aufgabe auch des Bundespräsidenten, sich gesprächsweise an diesen politischen Entwicklungen zu beteiligen.

SPIEGEL: Bei der Bestallung eines neuen Kanzlers muß der Bundespräsident nach herrschender Rechtsauffassung dem Mehrheitsvotum des Bundestages folgen.

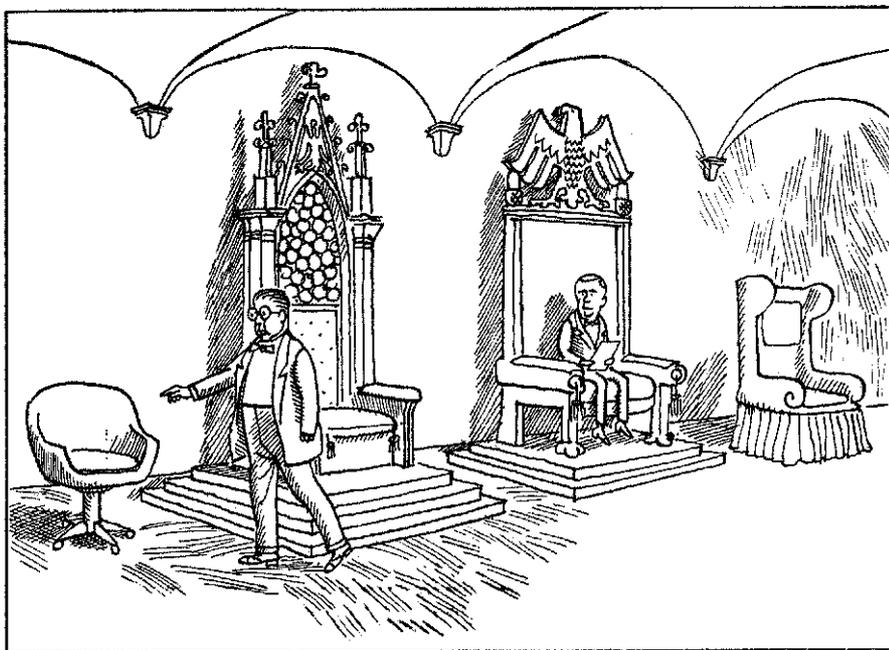
HEINEMANN: Wenn der Bundestag einen Kanzler gewählt hat, muß der Bundespräsident ihn ernennen.

SPIEGEL: Nun könnte es aber sein, daß noch im Vorstadium der Kanzlerwahl dem Bundespräsidenten ein Vorschlag gemacht wird, der ihm nicht richtig und klug zu sein scheint, und der Präsident könnte dann erwägen, seinerseits einen Namen ins Spiel zu bringen, der nicht aussichtslos ist, aber bisher noch nicht genannt wurde. Könnte das der Bundespräsident tun?

HEINEMANN: Ja, das kann er machen.

SPIEGEL: Sie werden sich vor Minister- und Beamtenernennungen, bevor Sie sie aussprechen, die Personalakten gründlich ansehen?

HEINEMANN: Bei Ministerernennungen gewiß. Bei Beamten geht das Geschäft schnell ins Uferlose. Ich habe mir sagen lassen, daß der Bundespräsident nach den bisherigen Spielregeln im Jahr durchschnittlich 7000 Beamtenurkunden zu unterzeichnen hat. Jetzt ist es so, daß der Bundespräsident alle Urkunden zu unterzeichnen hat vom Regierungsrat an aufwärts und bei den entsprechenden Positionen in der Bundeswehr. Ich habe mich schon als Justizminister oft darüber geärgert, daß ich allein aus diesem Ressort, zu dem auch das Bundespatentamt und das Bundespatentgericht mit mehreren tausend Bediensteten gehören, so viele Ernennungsurkunden unterzeichnen mußte. Mein Versuch, erst von einer höheren Ebene an unterschreiben zu müssen, ist gescheitert; und zwar, wie mir berichtet worden ist, vor allem am Widerstand



Der Thronfolger: „Den da!“

Süddeutsche Zeitung

zu kritisieren — ganz besondere Ausnahmen wären vielleicht einmal denkbar.

SPIEGEL: Erwägen wir einen Grenzfall, Ostern 1968: Studentenunruhen in der Bundesrepublik in einem Umfang, der ein ebenso klärendes wie verständnisvolles Wort nötig machte. Damals hat Bundesjustizminister Heinemann von seiten der Regierung das einzige vernünftige, abgewogene Wort im Fernsehen gesprochen. Angenommen, Unruhen dieser Art und in diesem Umfang wiederholen sich und die Bundesregierung ist dann nicht willens und imstande, ein solches Wort zu sprechen. Wird der Bundespräsident Heinemann dann sein Amt und seine Autorität dafür in die Waagschale werfen, daß er im Fernsehen Stellung nimmt?

HEINEMANN: Grundsätzlich ja. Aber das ist ja etwas anderes als Kritik.

HEINEMANN: Also, die Strategen, die das im Bundeskanzleramt und in den verschiedenen Ministerien durchkonjugiert haben, sind dabei zu unterschiedlichen Ergebnissen gelangt. Ich halte es für eine verfassungsrechtlich offene Situation, die aus der Praxis von Fall zu Fall zu entwickeln sein wird.

SPIEGEL: Dabei gehen Sie davon aus, daß der Bundespräsident, wenn er als moralische Autorität spricht und nicht Partei bezieht, immer frei ist zu sprechen...

HEINEMANN: Ja, das würde ich meinen.

SPIEGEL: Sie gehen auch davon aus, daß der Bundespräsident das Recht hat, sich in Zweifelsfällen — etwa in der Frage, ob ein dem Präsidenten zur Unterzeichnung vorgelegtes Gesetz verfassungsmäßig ist — ein Rechtsgutachten einzuholen, um sich so zusätzliche Argumente gegen eine Ab-

Der Mann für
Balafre

Ein Mann. Ein ganzer Mann.
Unbestechlich. Mit klaren Gedanken.

Seine Eleganz: Männersache
Seine Pflege: Männersache
Sein Geschmack: Balafre

Balafre — von Frauen geliebt
Balafre — Herrenserie mit dem Flair
souveräner Männlichkeit

eau de toilette
after shave
savon

LANCÔME pour hommes

des Verteidigungsministeriums, das auf dem Standpunkt steht, daß die Offiziere eine vom Bundespräsidenten höchst persönlich gezeichnete Urkunde haben wollen. Ich frage mich nur, warum nicht auch die Berufsunteroffiziere? Dann kommen wir bald auf 50 000 Unterschriften im Jahr.

SPIEGEL: Bundespräsident Lübke hat in einem vieldiskutierten Fall, dem Fall Creifelds*, die Ernennung zum Bundesrichter aus Gründen verweigert, die in der politischen Vergangenheit Creifelds' lagen. Dieser Personalfall konnte durchaus unterschiedlich beurteilt werden. In solchen strittigen Fragen — werden Sie da unterschreiben oder nicht?

HEINEMANN: Man muß jeden Einzelfall prüfen. Bei gravierenden Bedenken würde ich nicht unterschreiben.

SPIEGEL: Und wenn es um eine Ministerernennung geht?

HEINEMANN: Das ist natürlich viel diffiziler.

SPIEGEL: Da würde es einen Konflikt mit der Regierung geben.

HEINEMANN: Da kann es Konflikt mit dem Bundeskanzler geben, der grundsätzlich das Recht hat, seine politische Mannschaft nach eigener Vorstellung zusammenzustellen.

SPIEGEL: Können Sie heute schon Sachfragen nennen, bei denen aus der Sache heraus mit einer entschiedenen Weigerung des Bundespräsidenten Heinemann zu rechnen ist, Gesetze zu unterzeichnen?

HEINEMANN: Ein Gesetz über die Wiedereinführung der Todesstrafe unterschreibe ich nicht. Das habe ich schon einmal erklärt. Dabei bleibe ich auch als Bundespräsident. Ich unterschreibe auch kein Gesetz oder was immer, wodurch die Bundeswehr oder die Bundesregierung eine eigene Verfügungsgewalt über den Einsatz von Atomwaffen bekäme.

SPIEGEL: Dann treten Sie zurück?

HEINEMANN: Ich würde mich natürlich, wenn so etwas politisch heraufzieht, sehr darum bemühen, es abzuwenden. Wenn aber Bundestag oder Bundesrat das mit den gehörigen Mehrheiten, insbesondere also mit verfassungsändernden Mehrheiten, beschließen, dann bleibt für mich ja nur die andere Konsequenz übrig.

SPIEGEL: Dabei handelt es sich dann aber nicht um eine verfassungsrechtliche Konfliktsituation, in der Sie meinen, den verfassungsmäßigen

* Der West-Berliner Senatsrat Dr. Carl Creifelds war im Reichsjustizministerium tätig und hatte Gesetze des Dritten Reiches kommentiert.

Gang der Gesetzesaufbereitung aufhalten zu sollen, sondern um eine Gewissensentscheidung, die Sie für sich durch den Amtsverzicht lösen.

HEINEMANN: Ja.

SPIEGEL: So, wie Sie in diesem Gespräch Ihre Auffassung vom Bundespräsidentenamtsinterpretieren, liegt es nahe zu sagen: Sie verstehen Ihre neue Aufgabe durchaus als eine politische.

HEINEMANN: Ja.

SPIEGEL: Sie sehen in Ihrem neuen Amt die Möglichkeit einer möglichst stillschweigenden, aber auch möglichst wirkungsvollen Einflußnahme auf den Gang der Politik. Sie wollen dies durch einen möglichst engen Kontakt mit dem Bundeskanzler, durch Fühlungnahme mit den wichtigen Ressorts, durch eine umfassende Unterrichtung über die entscheidenden Vorgänge für sich sicherstellen. Müssen Sie unter diesen Umständen nicht damit rech-



Aus „Stern“
„Es war vielleicht doch nicht richtig, ihn aufzustellen —
der Mann sagt ja einfach, was er denkt!“

nen, daß Sie sich in einer latenten Konfliktsituation mit dem Bundeskanzler befinden werden?

HEINEMANN: Ich wollte schon einhaken, als Sie Ihre Frage formulierten. Ich kann mich und will mich nicht in alle Dinge reinhängen. Ich will keine Betriebsamkeit entfalten und bei allem und jedem etwas gesagt haben.

SPIEGEL: Wir verstehen, daß es sich um zwingende Gründe handeln muß. Setzen wir den Fall, es käme noch einmal aus Moskau eine Note wie die im Frühjahr 1952 und die Bundesregierung würde ein zweites Mal darin keinen Anknüpfungspunkt für Verhandlungen mit Moskau sehen; oder es ergibt sich eine gleichartige Situation in der Frage des Bonner Verhältnisses zur DDR, und der Bundeskanzler wäre nicht gewillt, von dieser Lage Kenntnis zu nehmen und entsprechend zu handeln. Wird dann Bundespräsident Heinemann öffentlich eine Empfehlung aussprechen?

HEINEMANN: Ich bringe es nicht fertig, hypothetische Fragen zu beant-

worten, weil ich viel zu sehr gewohnt bin, aus der Situation, das heißt erst aus den Umständen heraus, zu entscheiden. Dann allerdings habe ich auch nicht gerade die Neigung zu zögern.

SPIEGEL: Ihr Gegenüber, Ihr Partner im Palais Schaumburg, wird aber immer wissen, daß Sie notfalls sich auch an die Öffentlichkeit begeben würden?

HEINEMANN: Ja, dies ist gewiß nicht das Primäre; ich würde diese Situation möglichst vermeiden wollen. Aber ich will sie nicht ausschließen.

SPIEGEL: Sie haben von sich gesagt, Herr Dr. Heinemann, Sie wollten ein Bürgerpräsident sein. Was verstehen Sie darunter, und wie amtiert ein Bürgerpräsident?

HEINEMANN: Na ja, er geht nicht mit dem großen Gehabe des Staatspräsidenten daher, sondern er will den Bürgern näher bleiben in deren Umwelt, in deren Interessen, in deren Art, sich selbst und die Welt zu verstehen.

SPIEGEL: Werden Sie Ihre Reden selber schreiben?

HEINEMANN: Ich bin sicherlich angewiesen auf Vorarbeit, aber im letzten Ende mache ich sie selbst.

SPIEGEL: Werden Sie versuchen, die öffentlichen Auftritte zu beschränken?

HEINEMANN: Ja. Ich möchte vor allem die Fülle von sogenannten Schirmherrschaften, Ehrenpräsidien und anderen Formalien vermindern. Da stehe ich nämlich auf dem Standpunkt, daß die Bürger das, was sie aus ihrer eigenen Initiative heraus entwickeln, auch selber tragen und nicht immer nach dem obrigkeitlichen Segen in Gestalt des Bundespräsidenten rufen sollten. Ausnahmen davon wird es natürlich geben.

SPIEGEL: Wie wir gehört haben, werden Sie zu den Bayreuther Festspielen gehen. Sind Sie ein alter Wagnerianer?

HEINEMANN: Nein. Freunde haben dringend gewünscht, gerade in dieser Landschaft, im Fränkischen, auch den neuen Bundespräsidenten einmal zu präsentieren.

SPIEGEL: Gibt es Themen, die Sie mit Hilfe Ihrer Autorität ins öffentliche Bewußtsein heben wollen?

HEINEMANN: Sicher. Ich werde am 19. Juli in Plötzenssee zum 25. Jahrestag des 20. Juli 1944 reden. Diese Aufgabe habe ich übernommen, und ich will mich äußern zu der Frage: Ist der Treueid überhaupt noch möglich in diesem, unserem weltanschaulich neutralen Staat?

SPIEGEL: Zur Problematik des Eides also wollen Sie am 19. Juli sprechen. Wenn wir es richtig verstehen, möchten Sie gerne weniger protokollarische Verpflichtungen für öffentliche Ansprachen haben, sondern mehr den richtigen Platz für das jeweilige Thema suchen, das Sie ins Bewußtsein der Gesellschaft heben wollen.

HEINEMANN: Ja, ich werde mich zum Beispiel um eine Gelegenheit bemühen, eine Strafanstalt zu besuchen, um so einen Akzent für die Reform des Strafvollzugs zu setzen. Aber ich habe

noch keine komplette Liste von Problemen und Themen, deren ich mich annehmen will.

SPIEGEL: Unlängst ist im Fernsehen diskutiert worden, ob Sie in Universitäten gehen und vor Studenten sprechen würden. Wir vermuten, daß Sie da nicht zu finden sein werden, solange es sich dabei um mehr oder weniger tumultuarische Auseinandersetzungen handeln würde.

HEINEMANN: Ja, da haben Sie recht. Es müssen gewisse Voraussetzungen gegeben sein. Deshalb werde ich zunächst einmal Einzelgespräche mit Leuten aus der unruhigen Jugend suchen.

SPIEGEL: Auch mit SDS-Leuten?

HEINEMANN: Ja sicher, die lade ich ein, mich im Bundespräsidialamt einmal aufzusuchen. Oder Vertreter vom VDS. Ich habe ja vorher schon, bevor ich für mein neues Amt ausersehen war, solche Gespräche gehabt. Warum soll sich das ändern, wenn ich Bundespräsident werde?



wie es bei der vorjährigen Reform des politischen Strafrechtes der Fall war. Noch aber fehlt diese Voraussetzung.

SPIEGEL: Nun kann es sein, daß die Vertreter der unruhigen jungen Leute sagen, der Heinemann ist eine besonders gelungene Galionsfigur, die auch uns beeindruckt und sympathisch ist, die aber doch nur die Galionsfigur einer heillos verfahrenen Gesellschaft darstellt.

HEINEMANN: Klar, das ist möglich. Aber immerhin würde dies schon dazu beitragen, daß die es sich ein wenig abgewöhnen, alles pauschal herunterzumachen. Ich möchte diesen Unfug etwas schwerer machen.

SPIEGEL: Meinen Sie, daß Sie heute eine Autorität in Deutschland sind, auf die diese Studenten nicht mit Tomaten, Eiern und Farbbeuteln werfen?

HEINEMANN: Nein, das bin ich nicht.

SPIEGEL: Wir vermuten, daß es auf unabsehbare Zeit an den Universitäten auch rein ökonomisch nicht besser



Heinemann im Gespräch: „Es wäre doch gegen alle menschliche

SPIEGEL: Der Umstand, daß einzelne Personen oder Gruppen, von denen wir jetzt sprechen, nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, wie man so schön sagt, und ein Rätssystem anstreben, ist für Sie kein Grund, Gespräche mit ihnen zu meiden?

HEINEMANN: Mich würde brennend interessieren, von diesen Leuten einmal zu hören, was sie sich eigentlich unter den Veränderungen, von denen sie sprechen, vorstellen. Es mag ein kindlicher Optimismus sein, auf solche Unterhaltungen zu bauen, weil bei etlichen dieser Leute sich mittlerweile eine unwahrscheinliche Intransigenz, eine schreckliche Intoleranz entwickelt hat. Aber davor schrecke ich nicht zurück.

SPIEGEL: Eine Amnestie ist Sache eines Gesetzes und nicht ein Akt des Bundespräsidenten. Aber denken Sie daran, Ihre künftige Autorität als Präsident zugunsten eines Amnestiegesetzes für die Studentenverfahren einzusetzen?

HEINEMANN: Eine solche Amnestie müßte ihren Sinn darin haben, wirklich einen Schlußstrich zu ziehen — so

werden wird, sondern schlechter. Daß noch mehr Studenten schlechtere Arbeitsplätze haben werden als bisher, daß also immer mehr junge Leute, die die Gesellschaft und der Staat brauchen, schon da, wo sie mit ihrem Berufsleben anfangen, zu dem Eindruck gelangen: Offenbar funktioniert dies alles in diesem Staat überhaupt nicht. Können Sie als Bundespräsident etwas tun, daß eine solche Entwicklung gestoppt wird?

HEINEMANN: Ich habe kein Rezept, mit dem dieser Misere begegnet werden kann. Aber wir müssen doch zuallererst einmal vor uns selber darin ehrlich werden, daß wir unseren Fehler eingestehen, diese heraufziehenden Ungewitter an den Hochschulen — schon rein zahlenmäßig — nicht rechtzeitig gesehen zu haben. Es kann ja nicht gut ganz überraschend gekommen sein. Es ist ja ein allgemeiner Vorwurf gegen diese Gesellschaft, daß sie die Infrastrukturen, also die Aufwendungen für das Allgemeine, zu spät sieht und dann auch noch vernachlässigt.

SPIEGEL: Wir sprechen hier nicht vom Paradies auf Erden. Aber ist nach

Ihrer Auffassung die soziale Gerechtigkeit in der Bundesrepublik auch nur so weit hergestellt, wie man es nach Vernunft und Billigkeit verlangen kann?

HEINEMANN: In der Vermögensbildung, im Bodenrecht, um nur das zu nennen, was mir hier sogleich einfällt, ist das gewiß nicht der Fall.

SPIEGEL: Können Sie sich vorstellen, daß Sie als Bundespräsident wissenschaftliche Gutachten über solche gesellschaftspolitischen Fragen erstellen lassen, über die dann — gestützt auf Ihre Autorität — die Diskussion der Weiterentwicklung unserer Gesellschaft gefördert wird?

HEINEMANN: Die evangelische Kirche hat eine Reihe von Denkschriften zu solchen Themen vorgelegt, zur Vermögensbildung etwa, zur Mitbestimmung. Es ist, glaube ich, besser, wenn das von solchen Stellen her getan wird, als wenn der Bundespräsident dafür das publizistische Signum abgibt.

Funktion des Bundespräsidenten erhalten, Sprecher derer in der Gesellschaft zu sein, die sonst keine Sprecher haben. Könnten Sie sich vorstellen, gerade deren Sprecher zu sein?

HEINEMANN: Ja. Auch das gehört zu einem Bürgerpräsidenten.

SPIEGEL: Sie verstehen Ihr Amt als eine politische Aufgabe, aber Sie sehen offenbar auch, daß der Wirkungsmöglichkeit enge Grenzen gezogen sind. Fühlen Sie sich ein wenig ohnmächtig?

HEINEMANN: Eines erlebe ich aus der Fülle der Briefe, die ich seit meiner Wahl zum neuen Bundespräsidenten erhalte, ganz deutlich: was die Leute alles von dem vermeintlich so hochgestellten Bundespräsidenten an Hilfe erwarten. Ich muß leider immer wieder deutlich machen, daß der Bundespräsident kein Ober-Ombudsman* ist, daß er weder von Gesetzes wegen noch nach der Ausstattung mit Fonds im Bundespräsidialamt einhergehen kann als der große Helfer. Eines wird sichtbar aus den Briefen, welch ein

der Union angesprochen worden. Sie setzte sich während dieser ewigen Stimmenzählerei neben mich und sagte: Nun sagen Sie einmal, Herr Heinemann, wie ist das nun eigentlich mit Ihrem Verhältnis zum Staat? Manche Leute sind doch einfach verrückt gemacht worden durch Klischee-Propaganda. Bedenken Sie zum Beispiel, was über meine Einstellung zur Bundeswehr an Interpretationen umgelaufen ist. Was ich meine, ist, daß die Bundeswehr politische Lösungen nicht erzwingen kann. Sie soll aber dazu beitragen, daß uns Gewaltlösungen von fremder Seite nicht aufgezwungen werden. Insofern müssen wir also unsere Verteidigungsanstrengungen bis zu einer gesamteuropäischen Friedensregelung durchhalten.

SPIEGEL: Bleiben Sie eigentlich Mitglied der SPD, oder treten Sie aus der Partei aus?

HEINEMANN: Ich bleibe formell Mitglied. Aber ich lasse, wie etwa der erste Bundespräsident Heuss, meine



Natur, wenn nun plötzlich alle anfangen würden, mich zu ehren und zu lieben. Wo soll das herkommen?"

SPIEGEL: Warum ist das besser, warum wollen Sie sich dieser Möglichkeit der Einflußnahme begeben?

HEINEMANN: Ich finde es richtiger, wenn der Bundespräsident sich darum bemüht, daß die Bundesregierung einen solchen Gutachterauftrag gibt. Nur wenn das nicht geschieht, könnte wohl auch der Bundespräsident selbst einmal eine Kommission einsetzen, deren Auftrag allein darin bestünde, sich einer bestimmten Thematik — ohne Tendenz — zuzuwenden.

SPIEGEL: Werden Sie Gelegenheit nehmen, auch nur ein- oder zweimal im Jahr, wenn der Anlaß dafür gegeben ist, ganz hart, deutlich und schonungslos zu sagen: Dies oder jenes ist bei uns falsch gemacht worden; ich als Bundespräsident will nun die Gründe nennen, warum es nach meiner Einsicht falsch gemacht worden ist, und ich will damit wenigstens die Basis für eine freimütige Diskussion schaffen? Wollen Sie so weit gehen?

HEINEMANN: Ich weiß es nicht; aber das kann vielleicht kommen.

SPIEGEL: Nach unserer Auffassung ist es ja durchaus in der moralischen

hohes Maß von allgemeiner Bedrängnis in Existenzfragen des täglichen Lebens in unserem Volke da ist, wieviel Einsamkeit es gibt und wie groß der Mangel an nachbarlicher Hilfe ist.

SPIEGEL: Nach Ihrer Wahl zum Nachfolger Heinrich Lübkes am 5. März dieses Jahres hat es Auseinandersetzungen über Ihren politischen Werdegang, über Ihre Einstellung zur Bundeswehr gegeben. Rechnen Sie mit Vorbehalten, die Ihnen entgegengebracht werden?

HEINEMANN: Ja, ganz gewiß. Das wäre doch gegen alle menschliche Natur, wenn nun plötzlich alle anfangen würden, mich zu ehren und zu lieben. Wo soll das herkommen?

SPIEGEL: Und wie wollen Sie mit diesen Vorbehalten fertig werden?

HEINEMANN: Indem ich den Leuten mit all meiner Unbefangenheit begegne: Nun packt doch einmal aus. Während der Bundesversammlung in Berlin bin ich von einer Abgeordneten

* In Skandinavien ein Parlamentsbeauftragter, der die Bürger vor behördlicher Willkür und gegen Verletzung der Grundrechte schützen soll.

Mitgliedschaft ruhen, indem ich nicht mehr in Mitgliederversammlungen und ähnliches gehe.

SPIEGEL: Ist für Sie das parlamentarische System, das repräsentativ-demokratische System nach wie vor das beste Mittel, eine Gesellschaft und einen Staat zu ordnen und weiterzuentwickeln?

HEINEMANN: Absolut. In den heutigen hochindustrialisierten Massengesellschaften ist etwas anderes als das repräsentative System gar nicht möglich. Man muß Leute auf Zeit beauftragen, Dinge zu tun und Dinge zu entscheiden.

SPIEGEL: Ist dieses System imstande, in angemessener Frist die dringenden Probleme einer hochindustrialisierten Massengesellschaft zu lösen, oder wird es immer hinter den Entscheidungsnotwendigkeiten herhinken?

HEINEMANN: Ja, das kann man nicht ausschließen. Man muß sogar befürchten, daß man in diesem System immer etwas hinterherhinkt. Aber trotzdem gibt es keine Alternative.

SPIEGEL: Herr Dr. Heinemann, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.